

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 030 / 2015

Kiel, Freitag, 23. Januar 2015

Energie / Zukunft der Windenergie

Oliver Kumbartzky: Wir brauchen einen Runden Tisch zur Zukunft der Windenergie

In seiner Rede zu TOP 25c (Konsequenzen aus dem OVG-Urteil für die Zukunft der Windenergie) erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Ausweisung von Windenergie sorgte im gesamten Land für Aufregung. Die Reaktionen reichten von mittelschwerer Fassungslosigkeit bis zur optimistischen Gleichgültigkeit. Häufig fielen Kommentare wie ‚Heftig‘ bis ‚Unschön‘, ‚Schlag ins Kontor‘ oder ‚Flurschaden für die ganze Branche‘. Ministerpräsident Albig sah dagegen darin vor allem ‚eine Stärkung der Investoren‘.

Schulduweisungen bringen uns an dieser Stelle nicht weiter. Das Kind ist nun in den Brunnen gefallen – nun kann es nur darum gehen, die Ist-Situation zu meistern. Denn alle Beteiligten, ob Investoren, Behörden, Gemeindevertreter oder Anwohner brauchen nun Gewissheit darüber, was das Urteil im Konkreten für einzelne Planungsvorhaben bedeutet.

Ich schlage nicht nur wegen der guten Dialogtradition, sondern auch weil wir alle an einem Strang ziehen sollten, einen Runden Tisch vor.

Neben der Landesregierung und Vertretern der zuständigen Fachabteilungen der Ministerien und der Kommunen sollten auch die Landtagsfraktionen, Vertreter der Investorensseite und auch die Netzbetreiber und Verbände gemeinsam nach Lösungen suchen. Der Lösungsprozess sollte schnellstmöglich eingeleitet und die Arbeit sowie die Ergebnisse des Runden Tisches transparent allen Bürgern zugänglich gemacht werden. Damit soll unter anderem sichergestellt werden, dass die in Schleswig-Holstein hohe Akzeptanz für die Windkraft auch weiterhin stark bleibt.

Die Landesregierung muss schnellstmöglich verlässliche Planungsgrundlagen für die zuständigen Behörden, Kommunen und Unternehmen schaffen.

Bei aller Erschütterung, die das Urteil auslösen mag: Die Energiewende wird in Schleswig-Holstein gelebt. Gerade bei der Windenergie war und ist

Dr. Klaus Weber, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.lsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-fraktion-sh.de

Schleswig-Holstein Vorreiter. Die Windenergie genießt hier große Akzeptanz, insbesondere durch die Bürgerbeteiligung. Insofern kann das OVG-Urteil auch eine riesige Chance sein. Eine Chance, Bürgerenergie neu zu denken, neu aufzustellen und noch besser zu machen. Das Land kann gestärkt aus dem Urteil hervorgehen.

An einigen Stellen im Land kann es zu neuen Flächen für die Windenergie kommen. Bei so manchem charakteristischen Landesraum haben viele Betroffene sich schon gefragt, warum gerade dort keine Windenergieanlagen entstehen können.

Aber neben der Chance gibt es auch Risiken. Es wäre fatal, wenn in die Gemeinden, in denen sich die Bürger per Bürgerentscheid gegen neue Flächen ausgesprochen hatten, jetzt Investoren von außen kommen und sich mit neuen Anlagen breit machen. Das wäre zum einen fatal für die Akzeptanz und zum anderen fatal für die Wertschöpfung. Denn das Gute an der Bürgerenergie ist doch, dass die Wertschöpfung im Land bzw. in der Kommune bleibt.

Ganz wichtig neben der Akzeptanz ist die technische Machbarkeit. Der Netzausbau ist ein ganz wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende. Der Windkraftausbau muss dem Ausbaustand der Übertragungs- und Verteilnetze sowie der Entwicklung von Speicher- und Steuerungstechniken angepasst werden.

Wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass mehr Windenergieanlagen und neue Netzanschlüsse auch höhere Netzentgelte für die Stromverbraucher bedeuten, die diese zahlen müssen.

Wir sollten uns im zuständigen Ausschuss und gerne auch am Runden Tisch daher noch einmal intensiv mit den Netzentgelten beschäftigen. Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass es bundeseinheitliche Netzentgelte geben muss. Die Verbraucher in dünn besiedelten Teilen Deutschlands mit relativ viel Erneuerbarer Energie sind unverhältnismäßig höher belastet als Verbraucher in Ballungszentren. Warum die Netzentgelte nicht genau so gleichmäßig verteilen wie die EEG-Umlage? Ich werbe sehr dafür, dass wir den noch im Ausschuss liegenden Antrag der FDP-Fraktion zeitnah beschließen und dem Bund auffordern, die zuständigen Gesetze zu ändern.

Mein Fazit der aktuellen Debatte:

Gegenseitige Vorwürfe bringen uns und die Windkraft, den Netzausbau und die Energiewende nicht voran.

Es ist nunmehr unerlässlich, zeitnah verlässliche Planungsgrundlagen zu erstellen. Ebenso ist ein Runder Tisch unerlässlich.

Die FDP-Fraktion ist bereit, sich konstruktiv und im Zeichen des Dialogs an der Arbeit eines Runden Tisches zu beteiligen.

Schleswig-Holstein ist die Wiege der Windenergie – gemeinsam werden wir das in den Brunnen gefallene Kind schon wieder aufpäppeln und schaukeln. In dem Urteil steckt auch eine große Chance. Packen wir sie an.“